

Finanzplatz Deutschland, Finanzplatz Europa – Perspektiven für das Bankgeschäft von morgen



Festvortrag von Dr. Hans-Walter Peters, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Berlin, anlässlich "70 Jahre Bankenverband Baden-Württemberg"

16. Mai 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Ministerin Sitzmann,
lieber Herr Dr. Kuhn, lieber Herr Wesp,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wer im Jahr 2019 sein 70jähriges Bestehen feiert, der hat in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur viel erlebt, der befindet sich auch in bester Gesellschaft. Denn das Jahr 1949 war bekanntermaßen ein regelrechtes Gründungsjahr. Nicht nur das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist damals in Kraft getreten; neben dem Bankenverband Baden-Württemberg haben im Jahr 1949 noch viele andere

prominente Akteure mit dem „Schaffe(n)“ begonnen, wie man es hier vor Ort wohl ausdrücken würde. Der Bund der Steuerzahler beispielsweise, die Deutsche Presseagentur, der Bundesverband der Deutschen Industrie, aber auch die Europäische Bewegung Deutschland oder zum Beispiel der Südwestdeutsche Fußballverband: Sie alle – und zahlreiche weitere Organisationen – werden in diesem Jahr 70 Jahre alt. Es ist wie im Bekanntenkreis: Einigen sieht man es an, viele aber haben sich gut gehalten.

Der Bankenverband in Baden-Württemberg ist wenige Wochen älter als die Bundesrepublik Deutschland und hat damit alle Stationen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes vom ersten Tage an begleitet. Er ist sogar drei Jahre älter als das Bundesland Baden-Württemberg, das es ja in diesen Grenzen und mit diesem Namen erst seit 1952 gibt. Dies dürfte zwar jedem hier im Saal, aber wahrscheinlich kaum jemandem nördlich von Mannheim bekannt sein. Überhaupt ist es so, dass man als Außenstehender – noch dazu als Norddeutscher – nicht unbedingt ein sicheres Gespür für das komplexe Zusammenspiel von Badenern und Schwaben aufbringt. Immerhin ist mir eines bewusst: Man sollte die beiden Volksgruppen besser nicht miteinander verwechseln. Auf weitere Mutmaßungen zu diesem Thema möchte ich allerdings besser verzichten.

Dass aber bei aller sympathischen Stichelei Gemeinsamkeit stark macht, zeigt die erfolgreiche Zusammenarbeit von sehr unterschiedlichen privaten Banken aus allen Landesteilen im Bankenverband über so viele Jahre. Hier vor Ort hat der Bankenverband Baden-Württemberg in den vergangenen 70 Jahren erlebt, wie eine kriegszerstörte Stadt zum Zentrum einer der bedeutendsten Wirtschaftsregionen Europas wurde und wie sich der Finanzplatz Stuttgart zu einem der wichtigsten Finanzplätze Deutschlands hinter Frankfurt entwickelt hat. Doch der Verband hat dies nicht nur erlebt, er war auch ein Akteur dieser Zeit und dieses Wandels. Er hat die vielfältigen Interessen seiner Mitglieder gebündelt und ihnen eine hörbare Stimme verliehen. Er hat den Austausch unter den Instituten, aber vor allem auch den Austausch der Institute mit Politik und Gesellschaft vorangebracht. Er hat eng mit den anderen Landesverbänden kooperiert. Er hat mit dazu beigetragen, dass private Banken zu einem markanten und unverzichtbaren Gesicht dieses Wirtschaftsstandortes geworden sind.

Meine Damen und Herren, um es kurz zu sagen: 70 Jahre Bankenverband Baden-Württemberg, das ist ein stolzes Jubiläum! Im Namen des Bundesverbandes deutscher Banken gratuliere ich den Kollegen in Stuttgart hierzu ganz herzlich.

Vielfalt

Großbanken, Spezialbanken, Auslandsbanken und vor allem viele kleine Institute, die zum Teil über eine lange Tradition verfügen – der Bankenverband Baden-Württemberg steht für die Vielfalt der privaten Bankenlandschaft in Deutschland. Diese Vielfalt an Bankinstituten und Geschäftsmodellen ist eine Trumpfkarte. Sie hat Deutschland und dem deutschen Finanzmarkt in den letzten Jahren und Jahrzehnten gutgetan.

Es stimmt zwar: Der deutsche Bankenmarkt ist eng; große Sprünge lässt er kaum zu. Hierfür ist aber nicht die Vielfalt verantwortlich, sondern eher die Vielzahl an

Instituten. Eine weitere Konsolidierung des Marktes ist daher ein Thema, über das wir nicht nur in jüngster Vergangenheit verstärkt gesprochen haben, sondern über das wir auch in Zukunft sprechen werden – auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Doch davon abgesehen gilt: Vielfalt ist belebend, Vielfalt ist bereichernd, Vielfalt ist das A und O einer Marktwirtschaft. Im Übrigen ist die Vielfalt auch ein Grund dafür, dass der deutsche Bankensektor über all die letzten Jahre stabil gewesen ist. Er zeichnet sich durch eine geringe Krisenanfälligkeit, eine verlässliche Kreditvergabe und ein differenziertes Angebot für die Kunden aus.

Umso wichtiger ist es, dass die Vielfalt der Bankenlandschaft in Deutschland nicht durch außerordentliche Belastungen gerade für die kleinen Institute verloren geht. Ich habe schon öfter darauf hingewiesen: Es sind vor allem die kleinen Institute, die zum Teil massiv unter dem enormen zeitlichen und technischen Aufwand von Regulierung leiden. Ihre durchschnittlichen Regulierungskosten bezogen auf die Bilanzsumme liegen um ein Vielfaches höher als bei großen Instituten. Vor allem die Vielzahl der Regelungen und die Zunahme des Detailgrads stellen eine erhebliche Belastung für die kleinen Häuser dar. Das Proportionalitätsprinzip soll ihrer Benachteiligung eigentlich einen Riegel vorschieben. Trotz einiger Nachbesserungen, die es auch dank deutscher Initiative beim sogenannten Bankenpaket gegeben hat, fallen aber noch immer zu viele der kleineren Institute bei den gegenwärtigen Bilanzschwellenwerten durchs Raster. Gerade sie benötigen Vereinfachungen im administrativen Bereich, um ihre Kostenbelastung zu verringern.

Natürlich ist eines unbestritten: Die deutschen Banken – ob groß oder klein – sind in erster Linie selbst gefordert, alles zu tun, um profitabel zu wirtschaften. Das ist ihre, das ist unsere ureigene Aufgabe, über die wir nicht groß zu reden brauchen. Wenn aber zwei Dinge zusammenkommen – eine Phase extrem niedriger Zinsen und eine Regulierung mit unfassbar viel bürokratischem Aufwand –, dann wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Zumal die Banken auch weiterhin viele Milliarden Euro in die Digitalisierung investieren müssen und investieren werden.

Damit, meine Damen und Herren, wäre ich dann bei den Perspektiven für das Bankgeschäft von morgen, über die ich jetzt einige Worte verlieren möchte. Dabei geht es mir weniger um das „morgen“ in ein oder zwei Jahrzehnten als um das „morgen“ der näheren Zukunft.

Geldpolitik

Über diese nähere Zukunft können wir nicht reden, ohne über das Thema Niedrig- und Negativzinsen zu sprechen. Meine Damen und Herren, bei manchen Fragen bleiben wir hartnäckig, bei manchen Fragen lassen wir nicht locker. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder den Negativzins, den die EZB auf Einlagen der Banken erhebt, scharf kritisiert. Die Banken in der Euro-Zone kostet dieser Negativzins inzwischen rund 7,5 Milliarden Euro jährlich. Addiert man die Zahlungen der letzten Jahre – die Minuszinsen gibt es seit 2014, zunächst lagen sie noch bei minus 0,1 Prozent –, dann landen wir bei einer Summe von 22 Milliarden Euro. Wenn man dann noch bedenkt, dass die Einlagen der US-Banken bei der Fed während dieses Zeitraums sogar positiv verzinst worden sind und die amerikanischen Institute dadurch insgesamt 90 Milliarden Euro verbuchen konnten,

dann weiß man nicht, ob einem schwindelig werden oder ob einem die Tränen kommen sollen. Wahrscheinlich beides.

Die Idee, Negativzinsen einzuführen, stammt aus einer Zeit, als wir in der Euro-Zone noch mehr oder weniger begründete Deflationssorgen hatten. Diese Zeiten sind längst vorbei. Seit dem Jahr 2014 aber wirken die Negativzinsen Tag für Tag wie eine Strafsteuer, denn die Institute können sie nicht weiterreichen. Diese Sonderbelastung für die Banken der Euro-Zone ist nur schwer zu ertragen. Sie kommt quasi noch „on top“ zu all den anderen Belastungen hinzu. Und betroffen sind insbesondere die Banken, die im Einlagengeschäft ein großes Vertrauen der Sparer genießen.

Natürlich kennen wir die Wirklichkeit. Jeder von uns weiß, dass es keine rasche Normalisierung der Geldpolitik geben wird. Aber es gäbe Möglichkeiten für die EZB, den Banken das Leben zu erleichtern. Das Vorbild sollten die Notenbanken in der Schweiz und in Japan sein: Diese beiden räumen den Banken Freibeträge für ihre Einlagen ein. Bis zu einem gewissen Betrag müssen sie dann keine Strafzinsen zahlen. Zumindest diese Erleichterung ist auch für die Euro-Zone notwendig, und sie ist überfällig. Niemand kann plausibel erklären, warum die EZB weltweit die einzige große Notenbank sein soll, die Negativzinsen nicht zumindest durch einen Freibetrag für die Überschussliquidität abfedert.

Wir haben in der jüngeren Vergangenheit zwar verschiedene Signale vernommen, dass der EZB-Präsident in diese Richtung denken könnte. Auf der letzten Ratssitzung aber ist es zu keiner Entscheidung gekommen. Wir bleiben dabei: Der Freibetrag muss kommen – je früher desto besser!

Außenhandel/Regulierung

Meine Damen und Herren, mit niedrigen Zinsen und einem margenarmen Kreditgeschäft werden wir vorerst weiter leben müssen. Das ändert nichts daran, dass die Banken in Deutschland ein verlässlicher Partner und Finanzier der deutschen Wirtschaft sind und dies auch künftig bleiben wollen. Dies gilt in besonderem Maße für die Außenhandelsfinanzierung. Gerade die privaten Banken – und mit Blick auf die Wirtschaftsstruktur hier im Südwesten gerade auch die privaten Banken in Baden-Württemberg – finanzieren unsere Exportunternehmen: Fast 90 Prozent des deutschen Außenhandels, gemessen am Exportvolumen, läuft über private Institute. Das ist ein Ergebnis, auf das wir stolz sein können. Die vielen kleinen „Hidden Champions“, die es gerade hier vor Ort in beträchtlicher Zahl gibt, brauchen unsere, brauchen Ihre Kompetenz und Ihre Erfahrung auf diesem Gebiet.

Außenhandelsfinanzierung aber wird zunehmend schwieriger. Nicht nur der wachsende Protektionismus und die negativen Auswirkungen von Sanktionen sind hierfür verantwortlich. Auch das Regulierungsniveau im Exportgeschäft der Banken hat in den vergangenen Jahren immer stärker zugenommen. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf das Geschäft der Institute; der Bearbeitungsaufwand steigt, komplexe Transaktionen drohen zunehmend unwirtschaftlich zu werden. Hier wie auch in anderen Bereichen gilt deshalb: Regulierung muss auf ihre Nebenwirkungen überprüft werden. Sie darf uns Banken nicht davon abhalten, unser Kerngeschäft zu erledigen und unseren Kunden die bestmöglichen Angebote zu unterbreiten.

Mehr als zehn Jahre nach Lehman haben wir im deutschen Bankensektor längst kein Stabilitätsthema mehr, sondern ein Ertragsproblem. Die Politik weiß das auch. Aber Wissen und Handeln sind zwei verschiedene Dinge. Die Bundesregierung selbst hat sich zwar in ihrem Koalitionsvertrag zu „attraktiven Rahmenbedingungen am Finanzplatz Deutschland“ und einer „angemessenen Finanzmarktregulierung“ bekannt. Von beiden Zielen trennt uns gegenwärtig aber noch immer die Wirklichkeit. Ob auf nationaler oder europäischer Ebene – wir sehen auf vielen Feldern Nachbesserungsbedarf.

Beispiel MiFID 2: Über diese Wertpapierrichtlinie und ihre katastrophalen Folgen habe ich schon häufig gesprochen. MiFID 2 soll eigentlich für mehr Anlegerschutz und Transparenz im Wertpapiergeschäft sorgen, doch ihre tatsächliche Folge ist eine ganz andere: Viele Kunden fliehen aus dem Geschäft mit Wertpapieren. Grund dafür ist die riesige Informationsflut, die über alle Kunden – auch wenn sie sich im Anlagegeschäft auskennen und auf die Informationen dezidiert verzichten wollen – geradezu hereingebrochen ist. Grund dafür sind aber auch die durch MiFID 2 entstandenen höheren Kosten, die zur Folge haben, dass Wertpapierberatung nicht mehr in jeder Filiale und auch nicht mehr in jeder Bank stattfinden kann. Das alles ist übrigens keine Vermutung, sondern wurde in einer Auswirkungsstudie aufgezeigt, die die „Deutsche Kreditwirtschaft“ vor kurzem veröffentlicht hat.

Der Befund ist also eindeutig: Das Ziel, „mehr und besseren Anlegerschutz“ zu liefern, hat MiFID 2 eindeutig verfehlt. Da sich die Implementierungskosten für alle Institute in Deutschland hochgerechnet auf ca. 5½ Milliarden Euro belaufen haben dürften, ist das mehr als ärgerlich; es ist einfach unglaublich. Wir fordern deshalb eine Überarbeitung der Richtlinie – das Thema muss dringend auf die Agenda der nächsten EU-Kommission und damit auch zu einem Thema für die Bundesregierung werden.

Regulierung ist nicht alleinausschlaggebend. Aber es ist auch die Regulierung, die über die Perspektiven des deutschen und europäischen Bankenmarktes mitentscheiden wird. Deswegen werden wir weiterhin auf ein Regulierungswerk drängen, das zum einen wirksam und konsistent ist und das zum anderen Banken und Kunden nicht überfordert. Ganz besonders wichtig ist es in diesem Zusammenhang, dass wir zu europäisch einheitlichen Regelungen kommen. Deutschland hat in der Vergangenheit öfters mal die Gelegenheit genutzt, auf die europäisch vereinbarten Regeln noch einen draufzusetzen und eine Art nationalen Sonderzuschlag von den hier aktiven Banken zu verlangen. Das aber ist weder im Sinne des Finanzplatzes Deutschland, noch ist es im Sinne eines einheitlichen europäischen Finanzbinnenmarktes.

Europäischer Finanzbinnenmarkt

Das Stichwort „Europa“, meine Damen und Herren, möchte ich an dieser Stelle weiter vertiefen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir Banken von einem weiter zusammenwachsenden Europa und ganz konkret von einem wirklichen europäischen Finanzbinnenmarkt erheblich profitieren würden. Diesen einheitlichen europäischen Finanzbinnenmarkt gibt es bislang nur in Ansätzen. Eine Bank mit Sitz in Stuttgart oder Frankfurt beispielsweise kann nicht einfach ihre Produkte in ganz Europa vertreiben. Auch müssen Töchter in anderen EU-Staaten eigenständig kapitalisiert

werden; dies verhindert, dass Kapital dort eingesetzt wird, wo es am dringendsten gebraucht wird, um Wirtschaftswachstum zu erzeugen.

Anders ausgedrückt: Auch im Jahr 2019, über 25 Jahre nachdem der Europäische Binnenmarkt in Kraft getreten ist, müssen wir im Finanzbereich noch immer von fragmentierten Märkten sprechen. Das ist nur schwer verständlich und noch schwerer zu akzeptieren. Zwar ist in der Vergangenheit schon einiges passiert. Aber es gibt noch immer viele sichtbare und unsichtbare Grenzen, die das innereuropäische Bankgeschäft bis heute behindern. Würden sie verschwinden, dann wäre dies für die Banken, aber vor allem auch für unsere Kunden von großem Vorteil.

Ein größerer Heimatmarkt würde den Instituten im Euro-Raum neue Wachstumsperspektiven verschaffen und einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den amerikanischen Konkurrenten zumindest teilweise wettmachen. Und gerade unsere Kunden wären die Nutznießer eines deutlich größeren Angebots an Bankprodukten. Bislang hält sie die Rechtsunsicherheit von grenzüberschreitenden Geschäften ab. Das ist nicht das, was man sich unter einem einheitlichen Wirtschaftsraum vorstellt.

Die Verwirklichung eines europäischen Finanzbinnenmarktes könnte sogar eine Art Leuchtturmprojekt für die nächste Kommission werden. Der Binnenmarkt ist nun einmal die wichtigste Klammer, die die Mitgliedstaaten zusammenhält. Um nichts weniger als diesen europäischen Zusammenhalt und damit um die Handlungsfähigkeit der EU geht es aber in den kommenden Monaten und Jahren.

Beides – Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit – steht und fällt auch mit dem Ausgang der in der nächsten Woche stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Diese Wahlen sind – völlig losgelöst von den Themen, die uns unmittelbar berühren – von größter Bedeutung für die Zukunft unseres Kontinents. Deswegen haben die privaten Banken auch erstmals einen gemeinsamen Wahlauf Ruf veröffentlicht. Wir unterstützen proeuropäische Parteien, die Europa in eine erfolgreiche Zukunft führen wollen. Und wir setzen darauf, dass ein funktionstüchtiges Parlament – gemeinsam mit Rat und Kommission – die Weichen für ein stabiles und prosperierendes Europa stellen kann. Nationalismus und Abschottung sind eine ernste Bedrohung, die wir stoppen müssen. Unsere Botschaft ist eindeutig: Dieses Europa muss gestärkt werden! Dieses Europa benötigt unser aller Engagement!

Wandlungsfähige Banken

Meine Damen und Herren, Europa und Banken haben eines gemeinsam: Sie werden mitunter als „alt“ abgestempelt. Was die Banken betrifft, so ist daran immerhin richtig, dass unsere Institute in der Regel tatsächlich viel älter sind als beispielsweise Unternehmen wie Amazon oder Paypal. Das bedeutet aber auch, dass unsere Institute schon seit vielen Jahren und Jahrzehnten und teilweise noch länger im Wettbewerb stehen. Wenn „alt“ in diesem Zusammenhang also etwas bedeutet, dann am ehesten „kämpferprobt“ und „wandlungsfähig“.

Natürlich ist jedem hier im Saal bewusst, dass der digitale Wandel unsere Branche – so wie alle anderen Branchen auch – noch einmal in ganz besonderer Weise

aufmischen und auf die Probe stellen wird. Aber hieraus ein simples „Neu gegen Alt“ zu machen, bei dem das Neue sich gegen das Alte durchsetzt, wird der komplexen Wirklichkeit des Bankgeschäfts nicht gerecht. Wenn es den Instituten gelingt, ihre über Jahre gewachsene Kundennähe und ihre große Expertise in die digitale Welt zu transformieren, haben sie, haben wir unschlagbare Wettbewerbsvorteile.

Und davon ganz abgesehen: Wirklich alt können wir Banken gar nicht sein. Unsere Branche schaut in die Zukunft, sie rüstet sich für die Zukunft und sie ist voller Zukunft! Und das gilt nicht zuletzt auch für die privaten Banken und den Bankenverband hier in Baden-Württemberg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!